

Unterstützung und Motivation für Aargauer Milizler

Schweizweit kämpfen Gemeinden mit Rekrutierungsproblemen. Im Kanton Aargau hat man in den letzten Jahren ganz genau hingeschaut und viele Hebel in Bewegung gesetzt, um das Milizsystem attraktiver zu machen.



Die Aargauer Gemeindeammänner-Vereinigung hat den Boden bereitet für mehr kommunales Engagement. Ein erster Lackmustrast dafür, ob die vielfältigen Anstrengungen Wirkung zeigen, sind die bevorstehenden Wahlen. Am 24. September wird in den Aargauer Kommunen gewählt.

Bild: Shutterstock

Bei den letzten Kommunalwahlen 2014 hatte die Aargauer Bevölkerung in 90 Prozent der ländlichen Gemeinden keine echte Wahl. Denn pro Sitz gab es nur eine Kandidatur. Das ist eine von vielen Feststellungen des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA), welches 2014 in einer umfangreichen Studie Rekrutierungsprobleme der Aargauer Gemeindeexekutiven untersuchte. In Auftrag gegeben hatten die Studie der Kanton und die Aargauer Gemeindeammänner-Vereinigung. Deren Präsidentin Renate Gautschy sagt: «Uns waren die vielen Rücktritte nach kurzer Amtszeit aufgefallen. Wir wollten dem

auf den Grund gehen und Lösungsansätze eruieren, um das Milizsystem zu stärken.»

Höhere Entschädigungen

Als ersten Ansatzpunkt empfiehlt die Studie eine fundierte Diskussion über die angemessene Entschädigung von Gemeindeexekutiven. Denn, so das Fazit: Im interkantonalen Vergleich mit Luzern, Zürich und St. Gallen sind im Aargau die Entschädigungen für nebenamtliche Gemeinderäte tief. Und 85 Prozent der Aargauer Gemeindeexekutiven arbeiten im Nebenamt. Deshalb hat die Gemeindeammänner-Ver-



Politologe plädiert für Teilämter

Auch der auf Kommunalforschung spezialisierte Politologe Andreas Ladner erachtet es als sinnvoll, die Entschädigungen interkantonal zu vergleichen und bei Bedarf anzupassen. Er gibt aber zu bedenken: «In den letzten Jahren hat man vielerorts die Entschädigungen erhöht, doch die Rekrutierungsprobleme hat man damit nicht gelöst.» Er glaubt: «Mehr Geld ist nicht das, was die Leute wollen.» Ladner plädiert eher für die Prüfung von «milizartigen Arbeitspensen», auch Teilämter genannt, sodass ein Gemeinderatsamt als 20-Prozent-Job anerkannt und als Anstellung vergütet wird. Ladner glaubt, dass dieses Modell gerade für Frauen mit kleinen Kindern, die Teilzeit arbeiten wollen, interessant sein könnte. Klar sei hingegen, dass es für Personen, die 100 Prozent arbeiten und die Gemeindeaufgaben im Nebenamt erfüllen wollen, nicht das optimale Modell sei. «Die Ideallösung gibt es nicht.»

Auch die Studie des ZDA regt an, die Schaffung von solchen Teilämtern, wie sie der Kanton Luzern kennt, zu diskutieren. Deshalb sollten die Anstellungs- und Entschädigungsmodelle der Exekutivgremien flexibilisiert werden. Innerhalb eines festgelegten Ausgabenrahmens sollen die Gemeindeexekutiven selber entscheiden, ob ihre Mitglieder im Nebenamt, im Teilamt oder im Vollamt tätig sind. Auf diese Möglichkeit



Renate Gautschy, Präsidentin der Aargauer Gemeindeammänner-Vereinigung und SGV-Vorstandsmittglied. Bild: studio fototoni

zur Schaffung von Teilämtern weist auch der Aargauer Leitfaden zu Entschädigungen hin. Allerdings, so Renate Gautschy: «Wir sind noch näher bei Ehrenämtern als bei Teilämtern. Wichtig ist, dass jede Gemeinde individuell prüft, welches Modell für sie passt.»

Unternehmen einbinden

Die Gemeindeammänner-Vereinigung und der Kanton gaben noch eine zweite Studie in Auftrag, welche die Sicht der

einigung einen Leitfaden erarbeitet, welcher für die kleinsten Gemeinden bis zu doppelt so hohe Entschädigungen vorschlägt. «Dies löste heftige und aufgebraute Diskussionen aus», sagt Renate Gautschy. «Aber das ist okay. Wichtig ist, dass das Thema auf den Tisch kommt und fundierte Vergleichszahlen vorliegen.» Sie stellt fest, dass viele Gemeinden bereits moderate Erhöhungen vorgenommen haben, und andere dies demnächst tun wollen. Nächstes Jahr will der Verband mittels einer Umfrage die genauen Zahlen erheben.



«Das Einmaleins der Kommunalpolitik»

Im Juni ist ein Handbuch zur Gemeindeführung, das «Einmaleins der Kommunalpolitik», erschienen. Es vermittelt neu gewählten Gemeinderäten oder interessierten Kandidatinnen Grundlagenwissen, um «die Herausforderungen der gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen zu meistern», wie es im Vorwort heisst. Es wird vom Institut für Public Management (ipm) herausgegeben, «von Praktikern für Praktiker».

<https://tinyurl.com/y8uf9df1>

Unternehmen aufs Milizsystem beleuchten sollte. 2016 untersuchte das Schweizerische Institut für öffentliches Management die Vereinbarkeit von öffentlichen Ämtern und Beruf im Kanton Aargau. «Die positive Aussage ist: Gewerbe und Handel unterstützen das Milizsystem nach wie vor», freut sich Renate Gautschy. Die Studienautoren erachten es als sinnvoll, die zeitliche Belastung von Gemeinderäten zu reduzieren, indem Gemeinden die strategische deutlicher von der operativen Ebene entflechten und Gemeinderäte besser entschädigen. Dadurch könnten diese ihr Arbeitspensum im Unternehmen reduzieren. Um für Unternehmen, deren Mitarbeiter sich in einem Gemeinderat exponieren, Reputationschäden zu vermeiden, sollen neu gewählten Gemeinderäten Einführungs- und Schulungen angeboten werden.

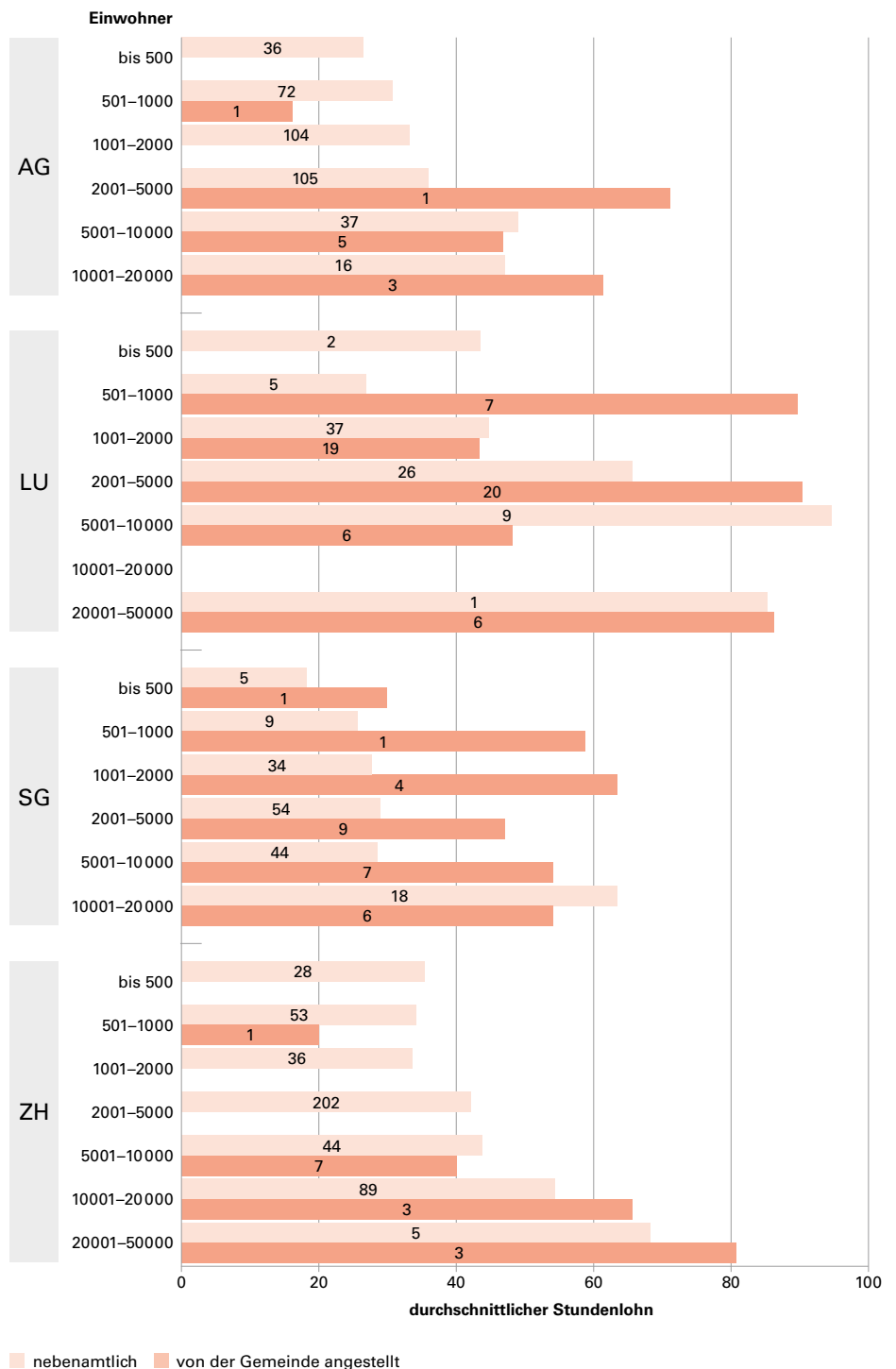
Modulartige Weiterbildung

Solche Eintrittsseminare hat das Institut für Public Management ipm in Brugg neu im Angebot. An zwei Halbtagen werden Finanzen, Kommunikation, strategische und operative Aufgaben oder die Zusammenarbeit im Gemeinderat behandelt. Diese Seminare hat die Gemeindeammänner-Vereinigung initiiert. Das Weiterbildungsangebot des ipm wurde zudem so ausgebaut, dass Gemeinderäte sich je nach Ressort und Geschäft passende Module zusammensuchen können. Nach anerkannten Weiterbildungen hingegen besteht kein Bedarf, hat Renate Gautschy in einer Testphase festgestellt. Solche empfiehlt das ZDA, damit Milizämter stärker als Gelegenheit zur beruflichen Qualifikation und persönlichen Entwicklung wahrgenommen werden. So könnten Milizämter für jüngere Personen und Frauen attraktiver gemacht werden. Gautschy hingegen macht die Erfahrung: «Die Gemeinderäte wollen in ihrer knappen Freizeit keine zusätzlichen Diplome erlangen, sondern sie brauchen gezielte Module zu brennenden Fragen.»

Sensibilisierung und Information

Die Gemeindeammänner-Vereinigung hat in den letzten Jahren viel Informations- und Sensibilisierungsarbeit geleistet. Neben den Entschädigungsempfehlungen sind zuhanden der Gemeinden Leitfäden zu den verschiedenen Führungsmodellen und zu Anforderungen an Gemeinderäte erarbeitet worden. Im Juni 2017 ist zudem ein Handbuch zur Gemeindeführung, das «Einmaleins der Kommunalpolitik», erschienen. Es vermittelt neu gewählten Gemeinderäten oder interessierten Kandidatinnen Grundlagewissen.

Durchschnittlicher Stundenlohn gewöhnlicher Exekutivmitglieder in den Kantonen AG, LU, SG und ZH – nach Gemeindegrösse, 2009



Im Vergleich mit den Kantonen Luzern, Zürich und St. Gallen sind im Aargau die Entschädigungen für nebenamtliche Gemeinderäte tief.

Grafik: Céline Hoppler/
Quelle: Zentrum für Demokratie Aarau

Mehr Kampfwahlen, weniger Frauen

Ein erster Lackmustest dafür, ob die vielfältigen Anstrengungen Wirkung zeigen, sind die bevorstehenden Wahlen. Am 24. September wird in den Aargauer Kommunen gewählt. Bei Redaktionsschluss lagen die Umfrageresultate zur Anzahl Kandidaturen noch nicht vor. Ein erstes, positives Fazit konnte Renate Gautschy

aber ziehen: «Wir haben mehr Kandidaten, es gibt wieder mehr Kampfwahlen.» Allerdings sei der Anteil der kandidierenden Frauen rückläufig. Für sie ist klar: «Wir haben in den letzten vier Jahren grosse Schritte gemacht, um das Milizsystem zu stärken. Aber es bleibt noch viel zu tun.»

Barbara Spycher